

Gunter Schubert: Taiwan - die chinesische Alternative. Demokratisierung in einem ostasiatischen Schwellenland (1986-1993)

Hamburg: Institut für Asienkunde, 1994 (Mitteilungen des IfA; 237), 419 S.

Die Republik China auf Taiwan hat im Verlauf der politischen Reformen, die in den 80er Jahren von Chiang Ching-kuo begonnen und vom derzeitigen Präsidenten Lee Teng-hui abgeschlossen wurden, ihr politisches System grundlegend verändert. An die Stelle eines autoritären Notstandsregimes trat eine Demokratie, die frühere Dominanz des Staates über die Gesellschaft fand mit der Herausbildung einer Zivilgesellschaft ein Ende.

Die Studie von Schubert unterzieht den Reformprozeß einer umfangreichen und detaillierten Analyse. Sie fragt sowohl nach den Gründen, die zur Einleitung der Reformen geführt haben, und den Akteuren und Akteursgruppen, die die demokratische Transition beeinflusst haben, als auch nach dem derzeitigen Grad der Demokratisierung und den Konsolidierungsperspektiven für das politische System. Methodisch orientiert sich die Arbeit an einem gruppentheoretischen Ansatz.

Der Autor umreißt in einem historischen Überblick zunächst den Zeitraum von der Übersiedlung der Kuomintang (KMT) nach Taiwan bis zum vorläufigen Ende des Demokratisierungsprozesses im Jahre 1993. Die folgende Untersuchung der Auswirkungen, die der sozioökonomische Wandel auf die gesellschaftliche Stratifizierung und politische Differenzierung hatte, bietet eine detaillierte quantitative Analyse der relevanten gesellschaftlichen Gruppen und eine Untersuchung der Veränderungen in den Rekrutierungsmustern bei den politischen Eliten.

Der Hauptteil der Arbeit befaßt sich mit den wichtigsten politischen Akteuren im Reformprozeß. In dieser zweiteiligen Abhandlung werden die Zusammensetzung, die Ressourcen und die Interessen der wesentlichen Gruppen, die die Regimekoalition und die politische Opposition bilden, untersucht. Die Analyse ist detailliert und erfaßt alle relevanten Gruppierungen, einschließlich der taiwanesischen Unternehmer in der KMT und der diversen Bürgerbewegungen bei der Opposition. Die Bewertung der Arbeiterschaft als eine Gruppe mit wichtigem politischen Potential hat sich jedoch bislang nicht bestätigt.

Die Transition zur Demokratie ist nach der Analyse des Autors von der nationalistischen Führung initiiert, eine Folge der sich verändernden Gruppenkonfigurationen innerhalb der Regimekoalition und exogener Delegitimierungsfaktoren. Obwohl sie als Mittel zum Erhalt der Legitimation des Regimes dienen sollte, vermochte die Opposition die dadurch entstandenen Handlungsspielräume zu nutzen, um den weiteren Verlauf des Prozesses zu beeinflussen. Die Demokratie, die im Zuge des Transitionsprozesses entstanden ist, wird von Schubert als stabil, wenn auch noch nicht als vollständig konsolidiert bewertet.

Die Studie besticht sowohl durch die Systematik der Analyse wie durch die Auswertung umfangreicher Materialien, die bislang nicht in westlichen Sprachen vorliegen und sich in einer von Daten, Organigrammen und Tabellen niederschlagen. Bedingt durch seinen methodischen Ansatz, der in der Arbeit selber nicht weiter ausgeführt wird, bleibt die Darstellung weitgehend auf gesellschaftliche Faktoren beschränkt. Die politischen Überzeugungen der Akteure reduzie-

ren sich auf die Wahrnehmung von Interessen oder werden zu Ideologien verkürzt.

Leider läßt der Autor bei der Behandlung historischer Aspekte nicht die gleiche Sorgfalt wie bei der Erhebung sozioökonomischer Daten walten. Wortwahl wie Bewertung legen in einigen Fällen den Verdacht nahe, daß sein Verständnis der Herrschaftspraxis der KMT in der autoritären Phase wesentlich von der Sichtweise regimekritischer Taiwanesen bestimmt wurde, z.B. bei der Verwendung des Begriffs "festländische Besatzer" als Bezeichnung für Angehörige der nationalistischen Streitkräfte (S.72). Verwirren muß auch die Erwähnung des "überaus perfiden Sicherheitsapparates" (S.75), der mit einem "relativen Minimum an politischer Repression" auszukommen vermag (S.107). Beide Aussagen werden nicht näher belegt. Schließlich ist die Feststellung, "all jene Staaten, die heute zur VR China diplomatische Beziehungen unterhalten, haben die sog. Taiwan-Klausel unterschrieben", unzutreffend, wie das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland belegt.

Diese kritischen Anmerkungen schmälern jedoch nicht den Beitrag, den die Studie zum Verständnis der Politik auf Taiwan leistet. Sie bietet Lesern, die sich für die innenpolitische Entwicklung der vergangenen Dekade und die sie gestaltenden Akteure interessieren, eine umfassende und informative Analyse.

Hermann Halbeisen

Hans-H. Bass / Margot Schüller (Hrsg.): Weltwirtschaftsmacht China
Hamburg: Institut für Asienkunde, 1995 (Mitteilungen des IfA; 252), 230 S.

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Volksrepublik China und die damit einhergehende wachsende weltwirtschaftliche Integration beschäftigt in ihren vielfachen Implikationen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gleichermaßen. Das vorliegende Buch analysiert in seinen zehn Beiträgen die Entwicklung Chinas zur Weltwirtschaftsmacht aus der außenwirtschaftlichen Perspektive und bezieht dabei sowohl handels- und währungspolitische als auch regionalwirtschaftliche Aspekte mit ein. Inhaltlich und in der Auswahl seiner Beiträge bildet der vorliegende Sammelband eine gelungene Komposition dieser wichtigen Aspekte der Entwicklung Chinas und wird damit zu einem Kompendium der aktuellen weltwirtschaftlichen Integration des Landes mit strategischer Sicht in die Zukunft.

So ordnet der Eingangsbeitrag der beiden Herausgeber Margot Schüller und Hans-Heinrich Bass die Entwicklung der VR China in den Rahmen ihrer welt- und regionalwirtschaftlichen Integration ein und zeigt, inwieweit die Ausgangsbedingungen und Entwicklungsmuster des "Chinese Miracle" denen der anderen ostasiatischen Staaten gleichen oder welche unterschiedlich sind. Zhong Hong und Frank Müller untersuchen die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Strategien der VR China seit Beginn der Reformen am Ende der siebziger Jahre sowie das Zusammenspiel von Importpolitik und Binnenmarkt versus Exportpolitik und Weltmarkt. Zentrale Botschaft des Beitrages von Dieter Bender und Beate Christina Hocker ist die Problembehauptung des Systemdualismus als Er-